



Gewerkschaft der Polizei • Brucknerstr. 4 • 49525 Lengerich

Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Kreisgruppe Steinfurt

49525 Lengerich – Brucknerstr. 4

☎ (0 25 51) 15-2916 + 📠 (0 25 51) 15-1509

Pressebericht

Demonstration der Gewerkschaft der Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei hatte zu einer Demonstration nach Düsseldorf gerufen, um gegen die derzeitige Politik der Landesregierung zu protestieren. Diesem Aufruf waren fast 2000 Polizisten gefolgt, darunter 60 Beamtinnen und Beamte aus dem Kreis Steinfurt.

„Innenminister Wolf tut nichts gegen die dramatische Überalterung der Polizei, Finanzminister Linssen redet einer Personalpolitik nach Kassenlage, Ministerpräsident Rüttgers unternehme nichts gegen die Zerschlagung der Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst“, begründet Frank Richter, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, die Aktion.

Die Gewerkschafter aus dem Kreis Steinfurt sind besonders von der Überalterung in der Polizei betroffen. „Mit einem Durchschnittsalter von 48 Jahren ist die Kreispolizei Steinfurt die älteste Polizeibehörde im Land NRW. Doch statt jüngeres Personal einzustellen und über eine Altersteilzeitregelung nachzudenken, wird weiter Personal abgebaut. Hier entwickelt sich ein tickende Zeitbombe“, so Klaus Büscher Vorsitzender der GdP Kreisgruppe Steinfurt. Mit Rollstühlen ausgestattet machten sie Kreisgewerkschafter unter dem Motto „Polizei – Altenheim Steinfurt sucht gleichaltrige Straftäter“ sehr deutlich auf ihre Misere aufmerksam. Das FDP-Innenminister Wolf zur Lösung des Problems lediglich „mehr Sport“ verordnen will, zeigt mehr als deutlich, wie hilflos die Landesregierung in der Innenpolitik derzeit agiert.

Des Weiteren sollen die Mitbestimmungsrechte in den Behörden erheblich eingeschränkt werden. Dabei werden vorrangig finanzielle Aspekte angeführt. „Denen, die sich Tag für Tag für die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, werden die eigenen demokratischen Rechte beschnitten“, so Klaus Büscher. Innenminister Wolf warf er ein falsches Spiel vor. Mit der Aussage, der Rechnungshof sehe die Freistellungsregelungen als zu weitreichend an, sage er nur die halbe Wahrheit. Dieser habe ausdrücklich nur die Freistellungsregelung im Schulbereich kritisiert. Keine andere Landesbehörde habe in den letzten Jahren so viele Reformen mitgemacht und mitgestaltet wie die Polizei. Das soziale Gewissen der Union, als das Ministerpräsident Rüttgers sich gerne sehen möchte, schau zu,

wie der Innenminister Personalräte entmachte. „Reden und Handeln passen bei dieser Regierung nicht zusammen. Da wackelt der „gelbe Schwanz mit dem schwarzen Hund“, so Büscher weiter.

Brüskiert zeigten sich die Beamten auch von der Tatsache, dass die Diäten der Abgeordneten um 1,4 % mit der Begründung der gestiegenen Lebenshaltungskosten erhöht werden und gleichzeitig für die Beamten die dritte Nullrunde in Folge ansteht. „Wir wollen nicht falsch verstanden werden. Wir sind nicht gegen die Diätenerhöhung. Aber warum die Lebenshaltungskosten offensichtlich nur für Abgeordnete gestiegen sind, kann keiner unserer Kollegen verstehen“, so Klaus Büscher. Das dies vor dem Hintergrund der Verlängerung von Wochen- und Lebensarbeitszeit, Streichung des Urlaubsgeldes und gleichzeitige Reduzierung der Jahressonderzahlung auf 30 Prozent passiert, verstärkt den Ärger noch. Dabei wird in Sonntagsreden immer wieder die professionelle Arbeit der Polizei von Politikern, wie zuletzt beim Amoklauf in Emsdetten, gelobt. „Hier wird wieder einmal deutlich, was von politischen Sonntagsreden zu halten ist“, so Büscher weiter.

In seiner Abschlussrede machte der GdP Landesvorsitzende Frank Richter noch einmal deutlich, dass die Gewerkschaft der Polizei nicht bereit ist tatenlos die arbeitnehmerfeindliche und für die innere Sicherheit unverantwortliche Politik der Landesregierung hinzunehmen. Wird wie bisher weitergemacht, sei die heutige Demonstration nur der Anfang des Widerstandes gewesen, so Richter.